

Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **116 (2019)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

NACHRICHTEN

Armutsfaktor Prämien

«Die stetig steigenden Krankenkassenprämien treiben einkommensschwache Haushalte in die Armut», schreibt das Hilfswerk Caritas bei der Präsentation einer Studie. Ohnmächtig stünden viele Familien dieser Entwicklung gegenüber. Wie aus einer Erhebung der Prämienverbilligungspraxis der Kantone hervorgeht, verteilt sich die Gesamtsumme der Prämienverbilligung auf vier verschiedene Gefässe: die Ergänzungsleistungen, die Sozialhilfe, die Übernahme von Verlustscheinen und die «ordentliche» Prämienverbilligung. Warum die Übernahme von Verlustscheinen, immerhin ein Betrag von 350 Millionen, aus dem Topf der Prämienverbilligung finanziert wird, ist für die Caritas unverständlich. Gleichzeitig machen die Daten der Kantone sichtbar, dass immer mehr Prämienverbilligungen ins Gefäss der Sozialhilfe und der Ergänzungsleistungen fließen. Statt mehr finanzielle Mittel für die Verbilligung bereit zu stellen, wird von vielen Kantonen einfach die Verteilung der Mittel geändert. Dies geht zu Lasten der «ordentlichen» Prämienverbilligung. Caritas fordert von Bund und Kantonen, dass die jährliche Belastung durch die Krankenkassenprämien maximal einen Monatslohn betragen darf. Die Prämienverbilligungen seien entsprechend auszugestalten. [red.]

SKOS: Medienkonferenz zum GBL

Der Grundbedarf für den Lebensunterhalt in der Sozialhilfe ist schon heute sehr knapp bemessen. Weitere Kürzungen würden die Existenzsicherung gefährden. Dies zeigt eine von der SKOS in Auftrag gegebene Studie, die an einer Medienkonferenz Anfang Jahr vorgestellt wurde. Das Echo in den Medien und der Öffentlichkeit war aussergewöhnlich gross. Auch die «Arena» im Fernsehen SRF widmete sich dem Thema Grundbedarf. Es diskutierten Politiker, Betroffene und Praktiker, ob die Sozialhilfe ein würdiges Leben ermöglicht. SKOS-Co-Präsident Felix Wolfers vertrat die Sicht der SKOS. Auch eine SRF-Dok zur Bemessung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe wurde am vergangenen 10. Januar ausgestrahlt. [red.]

Erste Bilanz zur Stellenmeldepflicht

Die neue Stellenmeldepflicht ist seit einem halben Jahr in Kraft. Die Zahlen der gemeldeten offenen Stellen sind seit Juli 2018 sprunghaft angestiegen. In den Monaten nach der Einführung der Stellenmeldepflicht wurden laut Seco jeweils zwischen 25 000 und 35 000 offene Stellen gemeldet, also etwa dreimal so viele wie zuvor. Viele arbeitssuchende Sozialhilfebeziehenden konnten sich bewerben. Wie viele von ihnen dank der neuen Stellenmeldepflicht tatsächlich eine Stelle fanden, ist nicht bekannt. An einer Tagung von Arbeitsintegration Schweiz erklärte Nicole Hostettler, Leiterin Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, die Erfahrungen der ersten Monate seien in jedem Fall leicht positiv. Man registriere mehr verfügbare Stellen und mehr Dossierübermittlungen an Unternehmen sowie erste Vermittlungserfolge aufgrund der Stellenmeldepflicht. Positiv bewertete die Basler Vertreterin auch die Intensivierung des bestehenden guten Dialogs zwischen RAV, Wirtschaftsförderung, Unternehmen, Verbänden, Sozialhilfe, IV, Organisationen und Anbietern. Auf Kritik stiess die verwendete Berufsnomenklatur. Bei den Sozialdiensten herrschte auch Unsicherheit,



Die meisten Stellenangebote stammen aus der Gastrobranche. Bild: Béatrice Devènes

welche Stellen des zweiten Arbeitsmarkts gemeldet werden müssten. Ab 2020 müssen Branchen mit einer Arbeitslosenquote von über fünf Prozent offene Stellen melden. www.job-room.ch (ih)

SKOS-Grundbedarf: Teuerungsanpassung auf 2020

Am 21. September 2018 hat der Bundesrat beschlossen, die AHV-, IV- und EL-Renten der Teuerung anzupassen. Gemäss SKOS-Richtlinien ist ein solcher Teuerungsausgleich auf dem Grundbedarf der Sozialhilfebeträge nachzuvollziehen. Die Plenarversammlung der SODK hatte am 23. November 2018 Kenntnis von der

anstehenden Anpassung genommen. Die SODK empfiehlt den Kantonen, diese Anpassung in ihren Sozialhilfeerlassen vorzusehen. Allerdings soll der Nachvollzug des Teuerungsausgleichs aus Rücksicht auf die kantonalen Budgetprozesse mit einer Übergangsfrist bis zum 1.1.2020 erfolgen. (red.)

Haushaltgrösse	2017		2020	
	2017	Pauschale Person/Mt. ab 2017	2020	Pauschale Person/Mt. ab 2020
1 Person	986	986	997	997
2 Personen	1509	775	1525	763
3 Personen	1834	611	1854	618
4 Personen	2110	528	2134	533
5 Personen	2386	477	2413	483
pro weitere Person	200		202	